

VEREIN AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin

Mitgliederrundbrief Nr. 46

November 2001



Foto: Martin Schönfeld

Bellevuestraße 5

VOLKSGERICHTSHOF 1935 - 1945

Einweihung der Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer des
Volksgerechtshofs

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Chausseestraße 8, 10115 Berlin
Telefon und FAX 030/2815198

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: info@aktives-museum.de

Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

Rede

des Bürgermeisters von Berlin, Wolfgang Wieland, in Vertretung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, anlässlich der Einweihung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den Standort des Volksgerichtshofes am 20. Oktober 2001

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich danke allen Anwesenden für ihr Erscheinen. Ganz besonders herzlich möchte ich all jene begrüßen, die durch die verabscheuungswürdigen Urteile des Volksgerichtshofes ihre Angehörigen verloren haben, ihre Väter, Mütter und Geschwister.

Danken möchte ich auch dem Staatssekretär des Bundesministeriums der Justiz, Herrn Prof. Pick als Vertreter der Bundesregierung, der heute zu uns gekommen ist und zu uns sprechen wird.

Wir sind hier versammelt im Zeichen der Erinnerung an das Unrecht, das an dieser Stelle begangen wurde. Hier befand sich der Zugang zum Volksgerichtshof, der in den Jahren 1935 bis 1945 mehr als 5.000 Gegner des nationalsozialistischen Regimes zum Tode und eine noch weitaus höhere Zahl zu Zuchthausstrafen verurteilte.

Gegründet wurde der Volksgerichtshof durch ein Reichsgesetz vom 24. April 1934. Seine Aufgabe sollte in der Aburteilung von Hoch- und Landesverrätern liegen. Um sich unliebsamer Kritiker und Gegner schnell entledigen zu können, wurden besondere Verfahrens- und Organisations-Vorschriften eingeführt. Die Richter wurden von Adolf Hitler persönlich ernannt und sie haben sich nach Kräften darum bemüht, ihrem Auftrag gerecht zu werden. So hat dann auch der Bekannteste unter ihnen, Roland Freisler in seinem Antrittsschreiben an Adolf Hitler versprochen, dass der Volksgerichtshof sich stets bemühen werde, so zu urteilen, wie er glaubt, dass der Führer selbst den Fall beurteilen würde. Er unterschrieb folgerichtig sein Antrittsschreiben mit den Worten: "In Treue Ihr politischer Soldat".

Spätestens mit der Einrichtung des Volksgerichtshofes war die unabhängige Justiz dahin und die "furchtbaren Juristen" begingen ihre Verbrechen. Völlig zu Recht bezeichnete der Deutsche Bundestag den Volksgerichtshof als ein "Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft". Die heute anwesenden Angehörigen der Opfer haben dies besonders schmerzvoll erfahren müssen. An den Volksgerichtshof zu erinnern, bedeutet aber auch, über die vielen Juristen der anderen Gerichte nachzudenken, die sich nach 1933 in den Dienst der neuen Machthaber stellten.

Heute vor 57 Jahren, am 20. Oktober 1944 wurden in einem Schauprozess Adolf Reichwein, Julius Leber und Hermann Maass vom Volksgerichtshof zum Tode und Gustav Dahrendorf zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie waren führende Mitglieder des sozialdemokratischen Widerstands gegen Hitler. Sie wirkten im Goerdeler-Kreis und im Kreisauer Kreis um Moltke mit. Die Wohnung von Hermann Maass in Potsdam diente den Widerständlern als Treffpunkt. Julius Leber war mit Oberst Graf Stauffenberg persönlich befreundet und für die Zeit nach dem Attentat am 20. Juli als Innenminister vorgesehen. Adolf Reichwein sollte nach Goerdelers Wunsch Kultusminister werden.

Erst am Vorabend des Prozesses erhielten die Angeklagten die Anklageschrift. Sie hatten weder eine Chance auf ein rechtsförmiges Verfahren, noch auf Gerechtigkeit. Die Todesurteile wurden kurz darauf in Plötzensee vollstreckt.

In den Jahren nach 1945 hatten die Angehörigen der Opfer wenig Anlass zur Genugtuung. Die Handlanger des NS-Unrechtssystems konnten ihren Beruf nahezu unbeschadet weiter ausüben. Die Rechtswissenschaft der Jahre 1933 bis 1945 und die höchstrichterliche Rechtsprechung – wie hier im Volksgerichtshof – wurden in der Bundesrepublik lange Zeit nicht hinterfragt. Was eben noch der Durchsetzung des nationalsozialistischen Unrechts diente, wurde als angeblich unfehlbares und politisch neutrales juristisches Methoden-Instrumentarium verklärt, die Täter in Roben zu vorgeblich unparteiischen Rechtsanwendern. Wie Sie wissen, bedurfte es erst der Anstrengungen meiner Generation, um eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu erreichen.

Auch in der DDR-Justiz waren, allerdings in geringerer Zahl, NS-Richter und Staatsanwälte tätig, soweit sie sich dem SED-Regime anzupassen wussten. Politische Strafjustiz wurde auch dort geübt, um durch abschreckende Maßnahmen jede Opposition im Keim zu ersticken und Stärke zu demonstrieren.

Gegenüber allen politischen Richtungen ist unsere Wachsamkeit gefragt für Versuche, die demokratischen Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ausser Kraft zu setzen. Die Juristen unter uns seien daran erinnert, welche Macht uns anvertraut ist und wie leicht sie missbraucht werden kann.

Zukünftig soll an diesem Ort mit einer Gedenktafel an eine dunkle Phase der deutschen Rechtsgeschichte erinnert werden; sie soll uns dazu ermahnen, solcherart wachsam zu sein gegenüber allen Versuchen, die Justiz für politische Zwecke zu instrumentalisieren.

Verehrte Anwesende,

Berlin versteht sich als eine Stadt, in der die Spuren der Geschichte nicht verwischt werden, als ein Ort, an dem auch im neuen Jahrhundert die Stätten des Schreckens nicht überdeckt werden sollen. So wird in Sichtweite von hier das Holocaust-Mahnmal entstehen. Es ist allerdings beschämend, dass Jahrzehnte vergehen mussten, bis Berlin sich seiner Verantwortung stellt. Mit der heutigen Einweihung ist ein wichtiger Schritt getan, um insbesondere an die Mitverantwortung der Juristen zu erinnern.

An begangenes Unrecht zu erinnern, sind wir den Opfern und den Angehörigen schuldig, aber auch den kommenden Generationen, die ein Anrecht darauf haben, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Ich will mich besonders bei der Vorsitzenden und den Mitgliedern des Vereins "Aktives Museum" bedanken, die nicht müde geworden sind, diese Gedenktafel zu fordern. Mit ihrem ausdauernden Engagement für historische Zeichen im Stadtbild mahnen sie uns an vielen Orten zur Wachsamkeit. Wie gut, dass dies nun auch hier geschieht.



Statt an der Wand im Boden zwischen Laterne und Fahrradständern: Die Gedenktafel zur Erinnerung an den Standort des Volksgerichtshofs, 20.10.2001

Foto: Martin Schönfeld